

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 04.05.2006

Ein ehrendes Gedenken bewahren – zentrale Gedenkstätte einrichten!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Seit einigen Jahren erteilt der Deutsche Bundestag der Bundeswehr Mandate für Auslandseinsätze. Dabei hat sich die Art und Gefährlichkeit der Einsätze massiv verändert. Die Einsätze gehen inzwischen über logistische und medizinische Aufgaben deutlich hinaus. Das Spektrum der gegenwärtig zwölf zu leistenden Auslandseinsätze reicht vom Kampf gegen den internationalen Terrorismus über friedenserhaltende Einsätze bis zur humanitären Hilfeleistung. Über 6000 Frauen und Männer beteiligen sich derzeit an den Einsätzen.

Auch die Bundespolizei, die Polizeien der Länder, das Technische Hilfswerk und viele Hilfsorganisationen sind im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland im Auslandseinsatz. In Gebieten mit instabilen politischen Verhältnissen und in Regionen mit Naturkatastrophen sind sie unermüdlich im Einsatz, um Sicherheit zu gewährleisten und zu helfen.

Bei all diesen Einsätzen mussten wiederholt Todesopfer beklagt werden.

Der Landtag hält es für angemessen, in der Bundesrepublik Deutschland ein zentrales Ehrenmal zum Gedenken an diese Opfer zu errichten. Daher begrüÙt der Landtag die Initiative von Bundesverteidigungsminister Jung, nach einem geeigneten Ort für eine solche Gedenkstätte zu suchen.

Wir bitten die Landesregierung, die Suche des Bundesverteidigungsministers nach einem Ort für eine zentrale Gedenkstätte zu unterstützen. Das Ehrenmal soll dabei all jenen gewidmet sein, die sich im Auftrage der Bundesrepublik in Auslandseinsätzen befanden und dort einsatzbedingt ihr Leben lassen mussten.

Begründung

Allein die Bundeswehr hat sich seit ihrer Aufstellung bereits an mehr als 130 Einsätzen zur Hilfeleistung in aller Welt beteiligt. Seit 1990 nimmt sie in größerem Umfang an der ganzen Bandbreite internationaler Einsätze teil. Darin spiegelt sich die gewachsene Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschlands, außenpolitische Verantwortung zu übernehmen wider. Das gilt in gleichem Maße auch für alle anderen Organisationen, die im Auftrag der Bundesrepublik weltweit versuchen, Folgen von Katastrophen zu beseitigen, Leid zu lindern und unsichere Situationen zu stabilisieren.

Ein zentrales Denkmal soll die Opfer ehren, ihren Einsatz würdigen und gegenüber den Angehörigen zum Ausdruck bringen, dass sich die Bundesrepublik der Gefährlichkeit der Einsätze bewusst ist. Die zu Ehrenden leben so in der Erinnerung des Staates fort, ihr herausragender Einsatz wird für die Bevölkerung in der Gesellschaft fest verankert.

Die bestehenden Denkmäler für die Opfer von Krieg und Gewalt sind nicht geeignet für eine Einbeziehung der Opfer der gegenwärtigen Einsätze. Damit würde man den veränderten Rahmenbedingungen, unter denen unser Land handelt, nicht gerecht werden.

Für die Fraktion der CDU

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Dr. Philipp Rösler
Fraktionsvorsitzender